

FLUGVERKEHR

NRW will die Arbeitszeit von Piloten begrenzen

Auf Wunsch der nordrhein-westfälischen Landesregierung soll sich die nächste Verkehrsministerkonferenz mit den Flugzeiten von Piloten beschäftigen. „Wir sind um die Sicherheit der Fluggäste besorgt, weil es immer wieder zu Überschreitungen der maximalen Flugzeiten kommt“, sagt der Parlamentarische Verkehrsstaatssekretär Horst Becker (Grüne). Er forderte Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer auf, bis zum Treffen im Oktober eine dezidierte Aufstellung über sogenannte Kommandantenentscheide vorzulegen. Dabei geht es um die Entscheidung des verantwortlichen Piloten, etwa bei einer Verspätung, die maximal erlaubte Flugzeit von 13 Stunden pro Schicht um bis zu 2 Stunden zu überschreiten. Nach Informationen der Vereinigung Cockpit werden solche Überschreitungen zunehmend bei der Aufstellung von Flugplänen einkalkuliert. Die Piloten-Gewerkschaft sieht in der damit verbundenen Übermüdung ein großes Sicherheitsproblem.



Piloten im Cockpit

AUSLÄNDER

Erster Tunesier mit Italien-Visum

Bei einer Routine-Kontrolle ist die Bundespolizei erstmals auf einen Flüchtling aus Nordafrika gestoßen, der mit einem der umstrittenen Schengen-Visa der italienischen Regierung eingereist ist. Die Beamten hatten den Tunesier am vergangenen Montag im Zug von Mailand nach München überprüft. Weil er neben dem Visum auch über genug Geld verfügte, um seinen Aufenthalt in Deutschland zu bezahlen, durfte er weiterfahren. Italien hatte trotz Proteste anderer EU-Länder kürzlich damit begonnen, Flüchtlingen aus Tunesien sechsmonatige Aufenthaltsgenehmigungen für die Schengen-Staaten auszustellen. Der Schritt gilt als Versuch, sich ihrer zu entledigen. „Das Verhalten der italienischen Regierung ist eine Zumutung“, beklagt der bayerische Innenminister Joachim Herrmann. „Italien muss jetzt schleunigst die Erteilung von Aufenthaltsgenehmigungen für tunesische Wirtschaftsflüchtlinge einstellen.“ Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums teilte mit, man beobachte die Lage und sei bereit, die Kontrollen zu verstärken. Es gebe jedoch keine Anzeichen, dass sich verstärkt Nordafrikaner mit italienischen Visa auf den Weg nach Deutschland machten.

STREITKRÄFTE

Massive Verluste

Die Bundeswehrreform von Verteidigungsminister Thomas de Maizière führt zu erheblichen Einschnitten bei Heer, Luftwaffe und Marine. Das ergibt sich aus den Grobplanungen, die die Inspektoren der Teilstreitkräfte für den Fall vorgelegt haben, dass die Truppe von derzeit 228 000 Soldaten auf die vom Kabinett beschlossene Obergrenze von 185 000 Soldaten schrumpft. Demnach würde die Marine die Zahl ihrer U-Boote von früher zehn auf sechs reduzieren und zusätzlich etwa zehn Versorger, Minensucher und Fregatten außer Dienst stellen. Das Heer würde nach den neuesten



De Maizière

Planungen im Kern auf zwei Divisionen mit je drei Brigaden schrumpfen; die Zahl der Kampfpanzer „Leopard 2“ würde nach Expertenschätzungen auf gut 200 sinken. Drei Divisionsstäbe und drei Brigadestäbe würden aufgelöst, die bisherigen Divisionen für Spezielle oder Luftbewegliche Operationen (DSO, DLO) zu einem „Kommando Schnelle Kräfte“ verschmolzen. Die Luftwaffe müsste 5 ihrer bisher 13 Geschwader auflösen, weitere Einheiten wie zum Beispiel vier Luftwaffenmusikkorps würden gestrichen. Der SPD-Wehrexperte Hans-Peter Bartels wertet die derzeitigen Planungen von 185 000 Soldaten als „absolute Untergrenze“ und warnt, weitere Reduzierungen wären „angesichts der unübersichtlichen Sicherheitslage fahrlässig“.

NAHOST

Merkel trifft Abbas

Bundeskanzlerin Angela Merkel wird den palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas zu einem Gespräch am 5. Mai in Berlin empfangen. Die Bundeskanzlerin will Abbas darlegen, warum sie es für unklug hält, wenn sich seine Regierung im September bei den Vereinten Nationen um

die Anerkennung eines Palästinenserstaates bemüht. Merkel hat nach Angaben der palästinensischen Regierung auf dieses Gespräch gedrängt. Präsident Abbas hat allerdings bereits klargemacht, dass er nicht zu Zugeständnissen bereit ist, solange sich die Israelis nicht bewegen. „Wir sind gespannt darauf, was die deutsche Seite anzubieten hat“, sagt der palästinensische Generaldelegierte in Deutschland, Salah Abdel Shafi.